

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 46.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen.

Cöln, den 12. November 1909.

Insertionspreis für die viergesp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengefuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 3210. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

10. Jahrg.

Warum nicht größere Fortschritte?

In den gewerkschaftlichen Organisationen ist die Erscheinung zu beobachten, daß eine Anzahl Zahlstellen schon längere Zeit auf dem „alten Fleck“ stehen. Wenn auch kein direkter Rückgang der Mitgliederzahl verzeichnet werden kann, so kommt doch der dauernde Stillstand in der Entwicklung diesem gleich, denn „Stillstand ist Rückgang.“ Wohl mancher Kollege, dem die Weiterentwicklung seiner Organisation am Herzen liegt, der von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß nur durch größere Erfolge der Verbände auch eine intensivere Durchführung der gewerkschaftlichen Aufgaben möglich ist, wird sich die Frage vorgelegt haben: „Woher solche Erscheinungen?“ „Warum nicht größere Fortschritte?“ Allerdings darf nicht außer Acht gelassen werden, daß in den beiden letzten Jahren die Geschäftskondition auf das gewerkschaftliche Getriebe lähmend eingewirkt hat und daß vielleicht Kollegen, auch solche die früher mit hervorragendem Eifer für unsere Sache tätig waren, durch die in dieser Zeit erlebten Mißerfolge sowohl in agitatorischer wie in organisatorischer Hinsicht an Mut und Ausdauer eingebüßt haben. Wenn aber nunmehr bessere Zeiten andrücken und wichtige Vorgänge im Wirtschaftsleben beweisen dies, so wird auch wieder der Weg geebnet zu neuer fruchtbringender Tätigkeit, und mit neuer Begeisterung, mit neuem Opfernute kann die Arbeit wieder mit größerem Erfolge in Angriff genommen werden. Und je größer werden die Erfolge sein, je mehr man bestrebt ist, die Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen, die sich hier und da einer gesunden Entwicklung entgegenstellen haben. „Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung“ und deshalb möge es einem alten Verbandsmitgliede, dem Gelegenheit geboten war in manchen Zahlstellen Beobachtungen anzustellen gestattet sein, an dieser Stelle solche Schwierigkeiten zu erörtern. Selbstverständlich sollen dieselben nur dem Zwecke dienen, daß da wo notwendig eine ernsthafte Gewissensforschung angestellt und ein guter Vorsatz zur Besserung gefaßt wird.

In unserer Bewegung wird Gottlob von allen berufenen Instanzen dauernd eine Fülle von Anweisungen und Anregungen gegeben, durch die unsere Sache gefördert, die intensivere Erfüllung unserer Aufgaben ermöglicht werden soll. Den örtlichen Instanzen, Ortsstellen und Zahlstellen, fallen dabei die bedeutsame Aufgabe zu, solche Anregungen praktisch durchzuführen und so dieselben auch zum Nutzen der Bewegung, zum Wohle der Mitglieder zur Geltung zu bringen. Und da muß die Erfahrung gemacht werden, daß leider manche wichtigen und gesunden Vorschläge an manchen Stellen, wenn nicht ganz unbeachtet bleiben, so doch nicht in wünschenswertem Maße angewendet werden. Es soll hier nicht verkannt werden, daß manchmal die Arbeit am Orte in den Händen weniger Kollegen liegt, daß wohl vornehmlich die Vorsitzenden der Zahlstellen als die „Lasttiere“ betrachtet werden. Und da muß unbedingt eine vernünftige Arbeitsteilung angestrebt und durchgeführt werden, damit auf alle Fälle wichtige Anregungen auch in vollem Umfange zur Geltung gebracht werden können. Wenn aber führende Kollegen am Orte, trotzdem sie sonst wohl ihrem Wunsche gemäß mit „anderer Arbeit“ verschont bleiben, dennoch „manches verbummeln“, so ist das wohl mehr als unverzeihlich. So findet man nicht selten, daß Schriftstücke, die im Interesse aller Arbeiter am Orte notwendig in weitesten Kreisen der Mitglieder bekannt werden müßten, an einem stillen Orte landen und dort elendiglich verkümmern. Anstatt solches in einer Vorstand- oder Vertrauensmänneritzung zur Beratung zu bringen, der Mitgliederversammlung zu unterbreiten und praktische Direktiven zur Durchführung zu geben, hört man nicht selten: „Dieses oder jenes hat keinen Zweck für den hiesigen Ort; dieses oder jenes ist hier unbrauchbar.“ Und geradezu als unheilvoll muß es bezeichnet werden, wenn solche Einwände mit beängstigender Gleichgültigkeit wiederholt werden. Von einer kraftvollen Initiative, von Erweiterungen gegebene Anregungen kaum eine Spur. Und doch macht man an anderen Orten die Erfahrung, und die Geschichte unserer Bewegung beweist es, daß trotz mannigfacher Widerstände, trotz anscheinend unüberwindlicher Schwierigkeiten durch dauernde planmäßige, zielbewusste Gewerkschaftsarbeit unsere Sache vorwärts gebracht werden konnte. Selbst zugegeben, daß vielleicht manches vergebens versucht wurde, manche zuversichtlich begonnene Arbeit an der Hartnäckigkeit der Umstände scheiterte, so soll niemals vergessen werden, daß steter Tropfen den Stein höhlt, daß Zeiten und Verhältnisse sich ändern und daß dann auch möglich wird, was vordem unmöglich schien.

Dann läßt auch vielfach die Art und Weise, wie in manchen Zahlstellen Angelegenheiten beraten und durchgeführt werden, viel zu wünschen übrig und stellt jeglichen Erfolg in Frage. Ist einmal glücklich eine Vorlage, an den Vorstand gelangt, so erschweren nicht selten bestehende persönliche Meinungsdivergenzen zwischen einzelnen Kollegen die Beratungen. Es muß als einer der größten Uebel bezeichnet

werden, wenn innerhalb einer Zahlstelle unter den Vorstandsmitgliedern persönliche Streitigkeit und Mißtrauen besteht. Es ist dies nicht nur unkollegial, unfreundlich, sondern lähmt auch zu einem großen Teile die praktische Arbeit. Und wenn ja die Mitglieder durch Austragung solcher Differenzen in den Versammlungen von dieser Uneinigkeit angeleckt werden, so sind die schädlichen Wirkungen noch größer. Tritt man unter solchen Umständen in Beratungen über irgend eine Sache ein, so wird sogleich die gegenseitige Anfechtung zu Tage treten, allerdings in diesem Falle leider mit einem wenig kollegialen Beigeschmack. Gegenteilige Ansicht, Meinungsverschiedenheit sind nicht zu umgehen, müssen kommen. Aber worauf es ankommt ist, daß solche in ruhiger vernünftiger Weise zum Austrage gebracht werden. Total verfehlt, ja unmöglich ist es, wollte jeder Kollege seine Meinung durchführen, wollten Einzelne einfach dekretieren und bei Außerachtlassung beachtenswerter Gesichtspunkte anderer, nur ihre Ansicht gelten lassen. Ruhiges, sachgemäßes Abwägen verschiedener Ansichten, friedlicher Ausgleich der Meinungen, wirklich kollegiales Verhalten, Sichverstehenlernen, sichern den größten Erfolg und bewahren zudem vor Ärger und Verdruß. Ist in solcher Weise ein Beschluß des Vorstandes zustande gekommen, so wird man vor dem Plenum der Mitglieder in der Versammlung möglichst große Einigkeit an den Tag legen müssen. Keinen guten Eindruck macht es und kein gutes Beispiel für die Mitglieder ist es, wenn aus dem Vorstand heraus dennoch in der Versammlung die verschiedenen Ansichten vorgetragen und diskutiert werden, wenn schließlich die Vorstandsmitglieder sich hier — drastisch ausgedrückt — zerfleischen. Die Meinungen und Ansichten der Mitglieder sind ebenfalls entgegenzunehmen, zu prüfen und wenn tunlich mitzuwerten. Auch hier gilt was vorhin schon über die Art und Weise, wie beraten werden soll gesagt wurde. Ja hier heißt es noch mehr die Meinung anderer respektieren, weil Ungezogenheiten in größerem Kreise umso mehr Unheil anrichten. Die Hauptsache wird sein, daß ein jeder seine Ansicht mit sachlichen Begründungen, auch mit Gründen der Vernunft darzulegen sucht. Je mehr letzteres geschieht, je größer wird die Aussicht, dieser Ansicht Geltung zu verschaffen. Entgegengesetzt aber wird die Wirkung sein, wenn da ohne weiteres die Meinung eines einzelnen anderen in möglichst scharfer Weise aufzufoerieren versucht wird, wenn man gar in unglücklichem Temperament — wie das auch schon beobachtet werden konnte — den Versuch machen wollte, seiner Meinung durch Faustschläge „auf den Tisch des Hauses“ Geltung zu verschaffen. Das gibt Erbitterung, wirkt abstoßend, schmälert den Versammlungsbefehl und nicht selten machen sich solche Kollegen, selbst wenn sie's noch so gut gemeint haben mögen, und das ist wohl immer der Fall, lächerlich, und die eigene Arbeitslust wird gefährdet.

Aus alledem ergibt sich: Mehr Beachtung der gegebenen Anregungen sei es, daß solche im Organ, von den Zentral- von den Bezirksbeamten oder sonst wo gegeben werden; geschickte Behandlung, Beratung und Durchführung solcher unter möglichst kollegialem Ausgleich der sich ergebenden Meinungsverschiedenheit; mehr gesunde kraftvolle Initiative bei Erfüllung aller gewerkschaftlichen Aufgaben.

Und wenn der alte kühne Geist, die unermüdbliche Energie und Begeisterung, wie sie in den ersten Jahren unserer Bewegung etwas mehr wie heute die Mitkämpfer besaßen, wieder zur vollen Geltung kommt, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben, dann werden auch größere Fortschritte erzielt werden.

Finanzreform und Volkswirtschaft.

IV.

Das Resultat der enormen Steigerung der Produktivkräfte in Deutschland äußerte sich nicht nur in der Vermehrung der Gütererzeugung und dem gesteigerten Handel, sondern muß auch im Volksvermögen, in der Kapitalbildung, im Volkseinkommen und der Konsumfähigkeit des Volkes zum Ausdruck kommen. Hieran ist eigentlich erst zu erkennen, wie sich der Gesamtwohlstand des Volkes zu seiner produktiven Tätigkeit verhält. Die amtliche Denkschrift hatte auch hierüber eine Menge interessantes, wissenswertes Material.

Zuerst das Volksvermögen. Es ist schwer, dasselbe korrekt zu erfassen und man ist angewiesen auf mehr oder minder sorgfältige Schätzungen. Soweit seitens der Wissenschaft solche Schätzungen erfolgt sind, ergeben sie folgendes Resultat. Das deutsche Nationalvermögen ist geschätzt für das Jahr:

1886	von Beder	auf 175 Milliarden Mark
1896	„ Rulhall	„ 161
1899	„ Zeris	„ 190
1900	„ Dig	„ 200
1902	„ Schmoller	„ 200
1906	„ Bernick	„ 225

1908 von Evert	auf 200 Milliarden Mark.
1908 in den „Grenzboten“	„ 216
1908 von Steinmann-Bucher	„ 320
1908 von Balkob	„ 251

Man sieht, wie verschieden das Resultat dieser Schätzungen ist und daß man diese Rißern mit Vorsicht aufnehmen muß. Am auffallendsten ist die Schätzung von Steinmann-Bucher, da sie ganz bedeutend höher ist als alle übrigen Schätzungen. Der genannte Autor hat nun vor nicht gar langer Zeit seiner erstmaligen Schätzung eine neue folgen lassen in einem Buche mit dem Titel: „350 Milliarden deutsches Volksvermögen.“ Dabei geht der Verfasser nach der objektiven Methode vor, d. h. er sucht die Gesamtwerte bestimmter Güterkategorien festzustellen und durch deren Summierung die Höhe des Volksvermögens zu bestimmen.

Zu einzelnen bietet Steinmann-Bucher folgende Zusammenstellung:

I. Privatvermögen in Immobilien u. Mobilien	162-180	in Milliarden	IV. Eigentumsvermögen produktiv. und werbender Reich- u. Staatsanlagen:	in Milliarden	
II. Vermögen nach verschiedenen Kategorien:			a) Eisenbahnen		19
a) Städtisch, Grundbesitz, Wohngrundbesitz, bebaut od. unbebaut, mit Grundmanern	40-50		b) Bergwerksbesitz u. andere natü. Betriebsanlagen, See- und Binnenhäfen, Kanalanlagen		5
b) Städt. Grundbesitz	50		c) Öffentliche Gebäude		10
c) Wert des privaten Bergwerksbesitzes	5		V. Güter in Bewegung auf den Eisenbahnen, schwimmende Borräte, Schiffe		4
III. Wert des im Ausland angelegten Kapitals und der deutsche Besitz an fremden Wertpapieren			VI. Metallgeld		5

Hinter der Steinmann-Bucher'schen Schätzung wird man große Fragezeichen machen müssen. Das tut auch Dr. Benisch und kommt zu dem Schluß, daß eine Schätzung mit 275 Milliarden Mark der Wirklichkeit wohl am nächsten kommen würde. Die amtliche Denkschrift gibt zur Kennzeichnung des Volksvermögens die Statistik der Feuerversicherungen wieder. Hiernach betrug der Wert der deutschen Versicherungsobjekte nach der Statistik des kaiserlichen Aufsichtsamtes für Privatversicherungen insgesamt: 1903: 149,0; 1904: 155,5; 1905: 162,6 Milliarden.

Einen besseren Maßstab für die Steigerung der Versicherungswerte gibt die Statistik der 23 in Deutschland tätigen öffentlichen Zwangsfeuerversicherungen, die allerdings nur den kleinsten Teil der Gesamtversicherungen umfaßt. Vergleicht man die Versicherungssummen mit der Einwohnerzahl im Bereiche der Versicherungen, so ergibt sich:

Es betragen	1875	1890	1905
Gesamtversicherungssumme (in Milliarden Mark)	13,2	21,1	35,2
Einwohnerzahl in den Bezirken (in Millionen)	16,7	19,8	24,1
Bevölkerung	793 M.	1066 M.	1458 M.
Steigerung der Versicherungssumme pro Kopf seit 1875	665 M.		

Natürlich gibt auch diese Statistik keinen absoluten, sondern nur einen relativen Maßstab des Wachstums des Volksvermögens.

Scharfer erkennbar ist schon die Kapitalbildung. Als Gradmesser für den Volkswohlstand muß sie ergänzend zur Vermögensstatistik treten. Die Denkschrift gibt statistische Angaben der Sparkasseneinlagen, die Entwicklung der den Kreditbanken anvertrauten fremden Gelder und die Entwicklung der fremden Gelder bei den deutschen Kreditgenossenschaften.

Die Einlagen von Spargeldern bei den Sparkassen sind seit 1875 ganz enorm gewachsen. Von 1870 Millionen des Jahres 1875 sind diese Gelder angewachsen auf 13 890 Millionen im Jahre 1907. Der Zuwachs beträgt also das 7,5fache des Jahres 1875. Dabei ist zu bedenken, daß diese Art der Kapitalanlage speziell den ärmeren Volksschichten eignet. Dieses gewaltige Emporspringen der Sparkasseneinlagen ist allerdings auch dadurch begründet, daß heute die Benutzung der Sparkassen eine viel intensivere geworden ist, als vor 30 Jahren. Auch die ärmeren Landbevölkerung hat gelernt, kleinere Beträge nicht mehr unbenutzt liegen zu lassen, sondern geminnbringend in den Sparkassen anzulegen. Dazu kommt dann noch, daß manche gesetzliche Bestimmungen zur Verstärkung der Anlagen in den Sparkassen beigetragen haben, so z. B. die Bestimmung bezüglich der mündelsicheren Anlage vornehmlichlich verwalteter Gelder. Diese beiden Momente sind gewiß mit Schuld an der Ausdehnung der Sparkasseneinlagen. Der Hauptgrund aber ist entschieden in der größeren Sparmöglichkeit des deutschen Volkes gegeben, in der größeren Wohlstandsentwicklung auch unter den einfacheren Klassen der Bevölkerung.

Das Wachstum der Kapitalkraft wird weiter beleuchtet durch die Zunahme der den Kreditbanken anvertrauten Gelder. Nach der Statistik betragen:

	Kreditoren	Depositen	zusammen
1888	529,0 Mill.	284,0 Mill.	813,0 Mill.
1907	4407,7 "	2643,0 "	7050,7 "

Die Kreditoren sind also während dieser kurzen Zeitspanne von 24 Jahren auf das Achtfache, die Depositen auf mehr als das Neunfache gestiegen. Es ist jedoch dabei zu bemerken, daß nicht alle diese Gelder als reine Spargehalte angesehen werden können. In der Hauptsache ist das nur bei den Depositen der Fall. Auch ist bei manchen Banken ein Unterscheiden in Kreditoren und Depositen nicht vorgenommen. Dadurch wird das Bild etwas unklar. Dennoch vermitteln die Zahlen einen Begriff von dem starken Anwachsen der in Bewegung und Bildung befindlichen Kapitalien und damit von der Zunahme des Volkswohlstandes. Es mag hier noch erwähnt sein, daß sich die obigen Zahlen bloß auf Banken beziehen mit einem Aktienkapital von mindestens einer Million Mark. Die Spargelder der kleineren Banken sind hierin nicht einbezogen. Deshalb muß ergänzend dazu als weiterer Anhaltspunkt für das Wachstum der Kapitalkraft hinzutreten die Aufzählung der fremden Gelder, welche sich in Verwaltung der deutschen Kreditgenossenschaften befinden.

Der allgemeine Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften hatte Anteile bei Privaten	1880	353,1 Mill.
	1907	916,5 "

Die angelegenen fremden Gelder beim Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften Darmstadt betragen	1896	109,0 "
	1906	1373,0 "

Beim karlsruher Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften betragen die Spareinlagen	1888	4,3 "
	1907	55,3 "

Beim Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Posen betragen die Spareinlagen	1880	5,2 "
	1907	123,0 "

Beim Verband bairischer Kreditgenossenschaften in Uim betragen die Spareinlagen	1903	6,2 "
	1907	8,1 "

Beim Stuttgarter Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Württemberg betr. die angelegenen fremden Gelder	1886	3,1 "
	1907	73,0 "

Beim Trierer Revisionsverband betragen die angelegenen fremden Gelder	1896	0,5 "
	1906	41,4 "

Beim Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zu Hannover betr. die angelegenen fremden Gelder	1880	16,1 "
	1907	112,2 "

Aus den angeführten Zahlen geht klar und deutlich hervor, wie im letzten Jahrzehnt, besonders in den beiden letzten Dezennien, die Kapitalkraft und die Fähigkeit zur Bildung neuer Kapitalien in Deutschland eine hoch erfreuliche Zunahme genommen hat.

Parallel mit dieser Steigerung der Kapitalkraft geht die Erhöhung des Volkseinkommens, dessen Schätzung nämlich nicht minder schwierig ist. Professor Schmöller hat im Jahre 1895 das gesamte Volkseinkommen für dieses Jahr auf 25 Milliarden. Inzwischen ist dasselbe erheblich gestiegen. Die amtliche Denkschrift sagt dazu:

Das Volkseinkommen wird von der preussischen Veranlagung zur Einkommensteuer für 1907 für die einkommensteuerpflichtigen Familien zu 11747 Millionen M. veranschlagt. Die einkommensteuerpflichtige Bevölkerung umfaßt 16,66, die einkommensteuerfreie 20,81 Millionen. Man wird das Einkommen eines einkommensteuerpflichtigen Familien zu 700 M. geschätzt. Auf einen Familien erfallen etwa 2 1/2 Köpfe in der Bevölkerung; man gelangt also zu 300 M. pro Kopf der einkommensteuerpflichtigen Bevölkerung, zusammen zu 20,81 x 300 = 6243 Millionen M. Das gesamte Einkommen der preussischen Bevölkerung würde also 11747 und 6243 = 17990 Millionen betragen haben. Nicht anzunehmen ist die so geringen Zahlen auf die Gesamtbevölkerung von Deutschland und ein Gesamtinkommen des deutschen Volkes von nur 30 Milliarden erspricht.

Professor Steinmann-Buchert schätzt für 1907 das Volkseinkommen auf 35 Milliarden, während Dr. Bensch glaubt, der Reichheit am nächsten zu kommen mit einer Schätzung von 33 1/2 Milliarden. Letzterer gibt eine Zusammenfassung aus dem amtlichen Material über die Steigerung der Bevölkerung und des Einkommens der Deutschen.

	Zeitraum	Bevölkerung der Bevölkerung in 1900	Bevölkerung der Bevölkerung in 1900 000 000
Franken	1896-1907	2270 auf 2622	96,8 auf 157,4
Bayern	1890-1900	2270 auf 2570	115,1 auf 270
Sachsen	1885-1897	2506 auf 2898	114 auf 157
Preußen	1890-1900	2308 auf 2898	124 auf 156
Württemberg	1895-1900	234 auf 257	86 auf 113
Baden	1895-1900	242 auf 257	77 auf 112
Hannoversche Provinz	1890-1900	251 auf 289	125 auf 163
Elbe-Weichsel-Ostpreußen	1890-1900	251 auf 289	125 auf 163
Posen-Preußen	1890-1900	251 auf 289	125 auf 163
Brandenburg	1890-1900	251 auf 289	125 auf 163
Schlesien	1890-1900	251 auf 289	125 auf 163
Westpreußen	1890-1900	251 auf 289	125 auf 163
Stettin	1890-1900	251 auf 289	125 auf 163
Pommern	1890-1900	251 auf 289	125 auf 163
Mecklenburg	1890-1900	251 auf 289	125 auf 163

Diese Zahlen zeigen mit großer Deutlichkeit, daß ungeachtet des Einkommens mühevoller geworden ist, als die Bevölkerung. In einzelnen Fällen ist das Verhältnis doppelt so hoch vor sich gegangen.

Die amtliche Denkschrift gibt außerdem die Einkommenshöhen der verschiedenen Bundesstaaten an in ihrer Steigerung. Auf eine Nachschau verzichten wir hier, weil die Zahlen zu schwer vergleichbar sind, da Gesetzgebung und Erhebungsverfahren zu verschieden sind. Aus zuverlässigen sind die Angaben der preussischen Einkommensteuer, weil dieselbe von 1896 bis 1907 ziemlich gleich geblieben ist. Hiernach entwickelt sich das Einkommen der physischen Personen (also ohne das Einkommen der Selbständigen und Gewerbetreibenden).

	Bevölkerung (in Millionen)	Gesamteinkommen der physischen Personen (in Millionen)	Steigerung der Bevölkerung	Steigerung des Gesamteinkommens der physischen Personen
1896	32,3	10,148	100	100
1900	34,4	12,042	106	119
1905	37,2	13,947	115	137
1907	38,4	15,874	119	156

Demnach vermehrt sich also die Bevölkerung in Preußen seit 1896 um 19%, das Einkommen der physischen Personen um 56%.

Aus dem gesamten Tatsachenmaterial erhellt unzweifelhaft, daß Deutschland kein armes Land ist, im Gegenteil, daß der Volkswohlstand sich in der Gesamtheit seit der Gründung des deutschen Reiches wesentlich gehoben hat. Deutschland ist auch ein kapitalträchtiges Land, wenn es auch nicht die Hochburg des Kapitalismus ist, ähnlich wie England und Amerika. Wir verfügen über eine große Zahl natürlicher Hülfquellen, die für Gewerbe und Industrie beträchtlich wirken. Für die Gesundheit der deutschen Bevölkerung spricht ihre starke Vermehrung. Alles das sollten auch die christlichen Arbeiter etwas mehr zu schätzen verstehen. Es handelt sich bei Erweiterung unserer Frage nicht darum, ob im Rahmen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung irgendwelche Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten bestehen, auch nicht darum, ob unser Wirtschaftsleben bestimmte Konstruktionsfehler in dem Sinne hat, daß die arbeitende Bevölkerung nicht entsprechend ihrer Mühewaltung an den Erfolgen der Wirtschaft teilnimmt, sondern es handelt sich darum, festzustellen, ob die volkswirtschaftlichen Grundlagen Deutschlands solche sind, daß wir eine erhöhte Steuerleistung ertragen können. Auf Grund der vorgelegten Materialien glauben wir, dies rundweg bejahen zu müssen, womit der Frage nicht vorgegriffen werden soll, in welchem Umfange die Steuergerechtigkeit bei uns gewahrt ist, das heißt, ob die Verteilung und die Art der Steuern den sozialen Anforderungen entsprechen.

Es bliebe noch übrig, nimmere einen Rückschluß zu ziehen auf die Konsumkraft und Lebenshaltung des Volkes. Wenn Deutschlands Reichtum gestiegen ist, weil seine Wirtschaft erfolgreich war, dann muß konsequenterweise auch die gesamte Kultur- und Lebenshaltung dieses Volkes gestiegen sein. Hier glauben wir die Frage mit einzuziehen zu sollen, inwiefern sich vor allen Dingen auch die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter mitgehoben hat. Auf diese Frage kommen wir im nächsten Artikel zurück.

Badisch-Rheinfelden.

Ein Beitrag zur sozialdemokratischen Agitationsmoral.

Es gab eine Zeit, in der die Verbächtigung der christlichen Gewerkschaften als „gelbe Unternehmervierteltruppe“ zu den ständigen Waffen jedes sozialdemokratischen Agitatoren gehörte. Doch haben die christlichen Gewerkschaften durch ihre erfolgreiche Arbeit in wirksamster Weise die sozialdemokratische Verbächtigung Lügen gestraft. Der Aerger hierüber hat es zuwege gebracht, daß in neuester Zeit die Sozialdemokratie systematisch die christlichen Gewerkschaften zu den Früchten ihrer Kämpfe zu bringen sucht. Mitglieder des sozialdemokratischen Eisenarbeiterverbandes fielen unter Billigung ihrer Führer den christlich organisierten Arbeitern in Soluhofen in den Rücken, als diese in einen schweren Kampf um ihr bedrohtes Koalitionsrecht standen. In der Oberpfalz kämpften die christlich organisierten Glasarbeiter gegen Lohnabzüge bis zu 30 Prozent, die ihnen die Unternehmer bei der Rengestaltung eines Tarifs anzubringen wollten. Das bei diesem Kampfe beobachtete Verhalten des sozialdemokratischen Verbandes ging selbst dem Organ deutscher Glasfabrikanten, dem „Diamant“ wider den Strich, der schrieb, daß im Generalstreik der böherischen Spiegelglasarbeiter die eigentümliche Erscheinung zutage trat, daß man die sozialdemokratische Presse fast ausschließlich auf Seite der Güterbesitzer findet, indem sie, den kämpfenden Arbeitern Soziallagen in den Rücken fallend, die Unternehmer zu beharrlichem Widerstande gegenüber den Fortsetzungen der christlich organisierten Glasarbeiter anzuflachen bestrahlt ist.

Die eigenartige sozialdemokratische Agitationsmoral — die das agitatorische Interesse ganz strapello über das Arbeiterinteresse stellt, wenn es die Umstände erlauben und wenn infolge ihrer geringen Beteiligung die sozialdemokratische Bewegung keine Verantwortung zu tragen hat — ist neuerdings um ein weiteres Beispiel bereichert worden durch das Verhalten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes gegenüber dem christlichen Verband bei dem bekannten Streit in Badisch-Rheinfelden. Dort führte vergangenes Sommer der christliche Metallarbeiterverband einen Streit, an dem auch viele Ausländer teilnahmen. Infolge des provokatorischen Verhaltens eines Fabrikarbeiters kam es zu bedauerlichen Ausschreitungen. Ein Arbeiter wurde gar erschossen, aber Badisch-Rheinfelden wurde der Belagerungsstand verhängt.

Die badische Regierung arbeitete jetzt verständlicherweise mit altem Nachdruck auf eine Verständigung des Ausstandes hin. In dieser aufgeregten Situation sind bei den Verhandlungen manche Fehler unterlaufen. Der Großherzoglich-Badische Landeskommissar Straub, der die Verhandlungen leitete, ließ das Ergebnis seiner Besprechung mit der Firma der Streikenden in der entscheidenden

Versammlung nicht schriftlich vor; auch die Streikleitung versäumte eine schriftliche Fixierung der Straub'schen Ausführungen. Daraufhin wurde seitens des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes ein Standstillen Gehe eingesetzt. In einem Flugblatt wurde gegenüber dem christlichen Verbands behauptet, das Resultat sei:

- „Statt der Streikunterstützung — ein Vorschub.
- Statt der Wiederanstellung — Entlassung.
- Statt schriftlichen Abmachungen — verlogene Behauptungen.
- Statt Bekämpfung des Kapitals — gemeine Beschimpfung der Arbeiter.
- Statt besserer Verhältnisse — Verteuerung der Lebenshaltung.

Jede dieser Behauptungen stellte das Gegenteil der Wahrheit dar. Bei dem weiteren Verlaufe der Auseinandersetzungen mit der Sozialdemokratie hatte der Streikleiter Engel den Herrn Landeskommissar Straub mehr als nötig in die Debatte gezogen und ihn bedauerlicherweise verstreuter Unwahrheit zu zeihen versucht, indem Engel behauptete, es sei bei dem Streit mehr bewilligt worden, als Straub nachträglich durch schriftliche Erklärungen bekannt gab. Daraufhin erließ jetzt der Leiter der badischen Fabrikinspektion, Herr Dr. Wittmann, gegen Engel in der badischen Presse eine scharfe Erklärung, in der von Engel gesagt wird, daß er „entweder mit dreifacher Stirn in bewußter Weise die Unwahrheit sage“ oder „an schweren Gedächtnisstörungen und Zwangsvorstellungen“ leide und er daher Engel „als einen verbanlungsfähigen Arbeitervertreter nicht mehr anerkennen“ könne und in Zukunft jeden dienstlichen Verkehr mit ihm ablehne.“ Ob diese Erklärung notwendig war, darüber kann man jedenfalls sehr getrennter Ansicht sein. Herr Dr. Wittmann erkennt ja in anerkannter Weise die Gewerkschaftsbewegung als die berufene Arbeiterinteressenvertretung an. Dann hätte er nur in Konsequenz dessen mit dem ihm zu Gebote stehenden Material sich an den Vorstand des christlichen Metallarbeiterverbandes wenden sollen, wodurch seine Erklärung zweifellos überflüssig geworden wäre.

Dann hätte die Leitung des Metallarbeiterverbandes schon die notwendigen Schritte getan, denn diese sowohl wie überhaupt die verantwortlichen Stellen der christlichen Gewerkschaften betrachten es als selbstverständliche Pflicht eines jeden Gewerkschaftsbeamten, sich in der gesamten Tätigkeit und insbesondere auch im Verkehr mit den Regierungsvertretern der strengsten Objektivität zu befleißigen. Die geringste Abweichung von dieser Pflicht mißbilligen und verurteilen sie ganz entschieden.

Die Sozialdemokratie sucht jetzt die Dr. Wittmann'sche Erklärung gegen die christlichen Gewerkschaften auszunutzen. Sehr miß Unrecht! Denn Tatsache ist, daß das von Engel Behauptete, im Prinzip bei der bestreikten Firma zu Gunsten der Arbeiter eingeführt, die sozialdemokratische Agitation gegen den christlichen Metallarbeiterverband abso Lügen gestraft ist. Die Differenz zwischen der Auffassung des Herrn Landeskommissar Straub einerseits und der des Streikleiters Engel andererseits besteht nur darin, daß die Firma die Zugeständnisse nicht in dem von Engel behaupteten Umfang an den Vermittler, Herrn Landeskommissar Straub gemacht hat. Tatsache bleibt aber, daß die von Engel behaupteten Verbesserungen den Arbeitern heute lebens der Firma tatsächlich zugestanden sind.

In einem Schreiben sucht allerdings die fragliche Firma (Aluminiumwerke) die Zugeständnisse als freiwillige hinzustellen, zu denen sie jetzt noch nicht verpflichtet gewesen sei. Diese Darstellung widerspricht aber dem ganzen Verhalten der Firma. Es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß die Lohnverbesserung durch den Streit herbeigeführt ist und die Firma mit derselben nur ihr gegebenes Versprechen eingelöst hat. Man beachte, daß damit der Kernpunkt der Streitfrage zugunsten des christlichen Verbandes und seiner Bevollmächtigten entschieden ist. Als Erfolge des Kampfes stehen mithin fest:

- Die Steuerungsanzugabe ist garantiert und 20 Pf. Lohnzulage ist bewilligt; außerdem ist für Nachtarbeit 60 Pf. und für Sonntagsarbeit 80 Pf. Zuschlag gewährt.
- Ein Arbeiterauschuß ist gebildet worden.
- Die während des Streiks eingestellten Arbeitswilligen sind sofort entlassen worden.
- Sämtliche Streitenden wurden eingestellt, soweit sie sich zur Arbeit gemeldet haben.
- Klageerlegungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation sind nicht vorgekommen.

Diesen Tatsachen stelle man die oben erwähnte verlogene Darstellung des sozialdemokratischen Verbandes gegenüber und der Schwinkel der letzteren liegt offenbar zutage. Erwähnt sei noch, daß Engel sich erbot, daß eine größere Summe Geldes an die Armenkasse in Badisch-Rheinfelden zu bezahlen für den Fall, daß eine unparteiische Kommission das Gegenteil des von ihm Behaupteten feststellen könnte; der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hat dieses Angebot mit unwiderstehlichen Redensarten beantwortet.

Der Sozialdemokratie ist es nur um die Hege gegen die christlichen Gewerkschaften zu tun. Denn die Tatsache, daß der Streikleiter Engel seine Tätigkeit in Baden eingestellt hat, nimmt die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ nunmehr zu Anlaß, um von dem über das christliche System Gesprochenen zu reden. Man braucht diese Frechheit nur niedriger zu

hängen, inwiefern sie aus Kreisen kommt, in deren Morallob die „Pflicht der Wahrhaftigkeit dem Feinde gegenüber“ keine Anerkennung findet.

Wenn übrigens die sozialdemokratischen Geher sich moralisch entrichten wollen, so haben sie im eigenen Lager hierzu genug Gelegenheit. Wir erinnern nur daran, daß die „Rheinisch-Westfälische Arbeitgeberz.“ (Nr. 44) folgendes Geschichtchen zum Besten gab:

„Vor einiger Zeit hatte eine Anzahl sozialdemokratischer Gewerkschaftsbeamter in Berlin eine gemeinsame Sitzung mit einer Anzahl Arbeitgebervertreter zum Abschluß eines Tarifvertrages abgehalten. Als nach Beendigung der Sitzung alles den Heimweg antrat, ließ, so berichten die „R. N.“, aus Versehen einer der Arbeitgebervertreter seine Altkarte mit sich nehmen. Einer der Sozialdemokraten ergriff die Karte, ließ den Davongehenden nach und fragte sie, ob sie vielleicht die Karte vergessen hätten. „Ja, ich“, erwiderte einer der sozialdemokratischen Verbandsbeamten, nahm die Karte an sich und ging seiner Wege. Den nächsten Morgen schickte er sie mit der Entschuldigung, daß er sich geirrt habe, an den Eigentümer zurück. In der folgenden gemeinschaftlichen Sitzung der Arbeiter- und Arbeitgebervertreter kam der Fall zur Sprache. Der sozialdemokratische Verbandsbeamte suchte sich durch Ausflüchte herauszureden, wurde aber durch den herbeigerufenen Subalternbeamten tüchtig gestraft. Die Arbeitgeber sagten dem Genossen direkt ins Gesicht, daß er den vertraulichen Inhalt der Altkarte während der Nacht habe abgeschrieben lassen. Außerdem wurde ein Beschluß herbeigeführt, wonach es die Arbeitgeber ablehnten mit dem Manne weiter zu verkehren. Obgleich nun mehr als ein Jahr seit diesem Vorfall verstrichen ist, ist der Herr heute noch Berliner Vertreter seiner Gewerkschaft und hervorragendes Mitglied der sozialdemokratischen Partei.“

Wir meinen, hier wäre die moralische Entrüstung besser angebracht. Doch die kirchlichen Moralgrundsätze sollen uns wieder ein.

Lohnbewegung.

Kollegen! Seid Ihr gewillt in eine andere Arbeitsstelle einzutreten, so erkundigt Euch zuvor über die hier bestehenden Verhältnisse, bei der zuständigen Ortsverwaltung. Die Liste der im Organ veröffentlichten gesperrten Orte und Firmen bietet keinerlei Gewähr dafür, daß bei ungenannten Firmen keinerlei Mißstände oder Differenzen bestehen.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsluß einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Zuzug ist fernzuhalten von

Schreibern und Maschinenarbeitern: Frankfurt a. M. Altenessen (Schmied & Diepenbrock), Magdeburg, Gnesen, Erfurt (Sebr. Pompej), Delde. Gläser: Erfurt.

Tarifkampf in Delde. Ein harter Kampf um die Erneuerung des Tarifvertrages tobte hier nunmehr bereits acht Wochen. Nachdem die Firma Zurbrüggen alle Versuche auf gütliche Verhandlungen vereitelt und auch der Einladung des Herr Beigeordneten Rath in Essen zu Verhandlungen keine Folge geleistet hatte, blies unser Kollegen keine Wahl mehr, als die Arbeit niederzulegen, zumal unser Verband bei den allgemeinen Tarifverhandlungen gewissermaßen die Verpflichtung übernommen hatte, die Tarife auf der gegebenen Grundlage in allen Orten des Bezirkes zu erneuern.

Der Streik der hiesigen Kollegen verletzete die Bürgerschaft von Delde in ziemlich heftiger Erregung. Zum ersten Male wird nämlich hier gestreikt. Nach Bekanntgabe der Ursache des Kampfes brachte man seitens der Bürger den Streikenden die größte Sympathie entgegen. Darob eine große Erbitterung des Herrn Zurbrüggen und der hiesigen Fabrikanten (größere Emailwerke). Durch Ausstreitung unwahrer Tatsachen und der Behauptung, die Streikenden hätten 5-6 Mk. pro Tag verdient, sowie mit dem Vorwurf, die Verbandsleitung unserer Organisation hätte übereilig gehandelt, suchte man die Bürger gegen die Streikerden scharf zu machen. Darauf wurde am 26. September von uns eine öffentliche Volksversammlung einberufen, welche von weit über 500 Personen besucht war. Unser Sekretär, Kollege Schick-Wochum berichtete in dieser Versammlung über die Ursache und die Entstehung des Streiks und stellte gegenüber den unwahren Gerüchten folgendes fest:

- 1. Der höchste Lohn bei Akkordarbeit betrug im Laufe des letzten Jahres 40 1/2 Pfg. pro Stunde, der höchste Stundenlohn 39 Pfg. Mitbin kann unmöglich ein Arbeiter in zehn Stunden 5-6 Mk. verdienen haben.
2. Bezüglich des Vorwurfes der übereiligen Handlung seitens unserer Verbandsleitung stellte Kollege Schick fest, daß die Firma Zurbrüggen zweimal schriftlich ersucht worden sei, sich bezüglich der Tariferneuerung zu äußern. Beide Schriftstücke habe die Firma unbeantwortet gelassen. Persönliches Vorfelligwerden habe ebenfalls keinen Erfolg gehabt. Ebenjowenig habe die Firma der Einladung des Herrn Beigeordneten Rath zu den Verhandlungen nach Essen Folge geleistet.

Wie man angesichts dieser feststehenden Tatsachen noch von übereilten Vorgehen sprechen könne, sei unverständlich. Weiter gab Kollege Schick seiner Vermutung Ausdruck, daß anscheinend Herr Zurbrüggen von den Fabrikanten von Delde dahin beeinflusst sei, eine Verständigung mit unserm Verbands abzulehnen.

Die in der Versammlung anwesenden Fabrikanten bezeichneten diese Vermutung als unzutreffend. Herr Fabrikant Raestrup sen. empfahl sogar den sofortigen Friedensschluß und forderte alle Anwesenden auf, welche für Friedensschluß seien, sich von ihren Plätzen zu erheben. Alle Anwesenden, auch unsere Kollegen erhoben sich, nur die übrigen Fabrikanten blieben sitzen. Trozdem war jeder Versammlungsteilnehmer der Ansicht, daß nunmehr die Firma Zurbrüggen zu Verhandlungen bereit sein werde, zumal Herr Raestrup sen. versprach, sogar die Verhandlungen einleiten zu wollen.

Wiederum sind seitdem 4 Wochen verstrichen, ohne daß eine Annäherung stattgefunden hat. Die Vermutungen, welche damals Kollege Schick aussprach und welche von den unbeteiligten Fabrikanten zurückgewiesen wurden, haben sich inzwischen vollauf bestätigt. Die versprochene Neutralität der unbeteiligten Fabrikanten ist „soweit gewahrt“ worden, daß der Fabrikantenverband jedem der 5 Arbeitswilligen pro Woche 5 Mk. Zulage aus seiner Kasse zahlte! — In einer zum Streik besonders einberufenen außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung wurde die Anstellung zweier weiterer Polizeibeamten beraten, da die öffentliche Sicherheit wegen dem Streik gefährdet sei!

Zur Zeit versehen nur noch 4 Kollegen den Streikpostendienst, während die übrigen Kollegen anderweitig in Arbeit stehen. Diese 4 Schreibern sollen nun die öffentliche Sicherheit gefährden! Das Stadtverordnetenkollegium beschloß, von der Anstellung weiterer Polizeibeamte abzusehen, dafür aber zwei Gendarmen zur Ausschilfe zu erlangen. Ein Fabrikant war so „klug“ und machte den Vorschlag, einfach die vier streikenden Schreibern aus Delde herauszujagen, dann sei die Ruhe wieder hergestellt und man könne die Kosten für die Gendarmen sparen.

Einer öffentlichen Volksversammlung am Samstag, den 30. Oktober wurden die letzten Vorgänge wiederum von den Kollegen Schick und Oberhöffel unterbreitet. Alle Anwesenden, wohl über 600 Personen, stimmten hierbei begeistert für die eingebrachte Resolution, welche das Verhalten der Fabrikanten verurteilt und den Streikenden die volle Sympathie ausdrückt. Diese Vorgänge haben manchem Arbeiter von Delde, insbesondere den zahlreichen Metallarbeitern die Augen geöffnet und traten diese in Massen dem christlichen Metallarbeiterverband bei.

Der Lohnkampf bei Schmied und Diepenbrock in Altenessen ist vor einiger Zeit abgebrochen worden, nachdem sich circa 28 Arbeitswillige eingestellt hatten. Die Kerntruppe dieser Arbeitswilligen, besteht aus den Schreibern Schmitt Johann, Ganelaus Conrad, Rimpel Heinrich, Kattop

Wilhelm, Goldmann Heinrich, Dörnemann Heinrich, Klemann Heinrich, Goldmann Heinrich, Kleinlatthöfer, Ganelaus Karl und Link Johann. Daß die Arbeitswilligen, soweit sie unserer Organisation angehört aus dem Verbands ausgeschlossen wurden, ist wohl selbstverständlich. Wie es mit der praktischen Leistung der einzelnen bestellt ist, ist schon früher des näheren dargelegt und erübrigt sich deshalb eine Wiederholung. In absehbarer Zeit wird der verdiente Lohn auch schon seitens der Firma zur Auszahlung gelangen. Nach den gemachten Erfahrungen versteht es die Firma vorzüglich, die „Guthheiten“ ihrer Arbeiter zu erschädigen. Einzelne der eben Genannten haben sich nun nicht damit begnügt, selbst Arbeitswilligendienste zu leisten, sondern haben noch obendrein mit allen Mitteln versucht, weitere Arbeitswillige heranzuziehen. Wenn man alles dies berücksichtigt, und ferner sich noch erinnert, in welcher Weise die Polizei besonders in den ersten Tagen des Streiks gegen die Streikenden vorging, so ist der Ausgang des Kampfes erklärlich. Ein Strafmandat ist bereits zur gerichtlichen Entscheidung gebracht und mußte trotz der drei Zeugen Diepenbrock, Polizei-Kommissar Peterßen und Werkführer Lilli die Freisprechung erfolgen. Diese eine Tatsache mag genügen, um das schneidige Auftreten der Polizei zu kennzeichnen.

Nach dem ganzen Verlauf des Kampfes steht es übrigens der Firma schlecht an, von einem Sieg über die Organisationen zu reden. Einem Gerücht zufolge sollen nämlich die Essener Unternehmer mit einem Schreiben ähnlichen Inhalts durch die Firma Schmied und Diepenbrock beehrt worden sein. Wenn die Firma auch gleichzeitig mitgeteilt, wie viel ihr der Streik gekostet, so wird manchem Arbeitgeber die Luft vergehen, auch einen solchen „Sieg“ über die Organisationen zu erkaufen. Ob die übrigen Arbeitgeber auch mit solcher Zahl von Arbeitswilligen rechnen dürfen, wie sie hier leider vorhanden war, ist eine andere Frage. Es sei jedoch erwähnt, daß in obigem Betrieb vor dem Streik circa 65 Schreibern beschäftigt waren, vor längerer Zeit sogar schon über 80, heute, nachdem der Streik durch einstimmigen Beschluß fast 4 Wochen beendet ist, sind etwa 40 Mann wieder beschäftigt. Also mit dem „Sieg“ steht windig aus.

Wie nach fast jedem aufgehobenen Streik so sind auch hier einige Kollegen, die bis zum Schluß mitgestreikt haben, auf der Strecke geblieben, darunter sogar ein Kollege, der schon 23 Jahre bei der Firma beschäftigt war. Ob dieses Verhalten der Firma ihr bei objektiv denkenden Menschen zum Ruhme gereicht?

Sämtliche Arbeiter die nach dem Streik wieder eingestellt sind und noch weiter eingestellt werden, müssen die Erklärung abgeben, aus der Organisation auszutreten. Mit Gewalt entzweit somit die Firma den Arbeitern das ihnen gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht. Bedeutende Gelehrte und Staatsmänner haben sich für die Berechtigung der Gewerkschaftsbewegung ausgesprochen. So führte unter anderem auf dem evangelisch-sozialen Kongress in Heilbronn am 1. Juni d. J. Geheimrat Prof. Haruad folgendes aus:

„Der erwirbt sich heute die größten Verdienste um die soziale Lage, der das erste Selbstgefühl und den Entschluß des Individuums, auf eigenen Füßen zu stehen, in weiten Kreisen fördert. Alle unsere Verfassungsgesetze sind letztlich für die Gewinnung des sozialen Friedens machtlos, wenn wir nicht die innere und moralische Selbständigkeit der Arbeiter fördern.“

Noch deutlicher läßt sich hierüber der Kommerzienrat Manz (Hamburg), selbst Großindustrieller und Vorsitzender einer Arbeitgeberorganisation, im „Jahrbuch der Hilfe für 1909“ vernehmen. Darin heißt es:

„Dem Arbeiter muß das Recht zugesprochen werden, sich durch Zusammenschluß eine unabhängige Organisation zu schaffen und sich damit gegen eine ungebührliche Ausbeutung der Arbeitskraft zu schützen. In gleicher Weise nehmen die Arbeitgeber das Recht für sich in Anspruch, Berufsverbände zu bilden, um gegebenenfalls den unberechtigten oder übermäßigen Forderungen der Arbeiter einen Widerstand zu leisten. So berechtigt der Satz ist, daß Unternehmer und Arbeiter gleiches Interesse an dem Gelingen des Betriebes haben, so besteht andererseits naturgemäß ein Gegensatz der Interessen in bezug auf den Anteil an Produktionsgewinn der erzielten Waren. Der Streik um die Größe des Anteils wird immer wieder Kämpfe hervorzurufen; aber der Ausgleich wird leichter gefunden und die Kämpfe werden seltener werden, wenn möglichst viele Arbeiter in den Gewerkschaften zusammengeschlossen sind, denn dann werden auch die Arbeitsbedingungen sich gleichmäßiger gestalten. Deshalb soll man sich gegen diese selbständigen beruflichen Arbeiterverbände nicht stemmen, sondern sie im Interesse des sozialen Friedens fördern und dafür wirken, daß nicht nur die Koalitionsfreiheit gewährleistet bleibt, sondern auch der gesetzliche Ausbau des Koalitionsrechtes erfolgt. Auf alle Fälle muß verlangt werden, daß der Zwang zum Austritt aus der Berufsorganisation unter Strafe gestellt wird.“

Die Firma hat nicht das Recht, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu verwehren; die Arbeiter dagegen haben das Recht sich zusammen zu schließen und von diesem Recht werden dieselben auch wieder zu gegebener Zeit Gebrauch machen trotz oder gerade wegen des Verbots der Firma.

Lohnbewegung und Tarifschluß in Lauf bei Nürnberg. Es gehört zu den üblichen Praktiken des Gaultiers Stein-Nürnberg vom sozial. Holzarbeiterverband, daß er bei Lohnbewegungen, wo seine Mitglieder die Majorität bilden, über andere Organisationen hinweggeht und sie von der Einleitung einer Lohnbewegung nicht verständigt. So war es auch in Lauf. Daraufhin richteten unsere Kollegen selbst ihre Forderungen ein, die, soweit es die Sägearbeiter anbelangt, auch zu befriedigendem Resultat führten. Außer den Sägern haben wir auch einige Kollegen in den anderen Sparten der Fabrik beschäftigt und deshalb auch ein Interesse an dem Gesamtvertrag. Aus letzterem Grunde trat unser Vertreter Kollege Schwarzer mit der Firma Döring in Unterhandlungen, wobei es Herr Döring als selbstverständlich erachtete, mit allen in Betracht kommenden Organisationen seines Betriebes einen Vertrag einzugehen. Diese Stellung des Arbeitgebers ging dem Gaultier Stein stark wider den Strich. Als Mitkämpfer bei Lohnbewegungen sind wir den Notwendigkeits wegen als Kontrahenten sollen wir nicht gelten, da sonst

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 6. Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. bis 13. Nov. fällig ist.

Neue Beitragsmarken für das Jahr 1910. Mit dem ersten Januar nächsten Jahres gelangen für die männlichen Mitglieder neue Beitragsmarken zur Verwendung. Von den jetzigen 50 Pfennig-Beitragsmarken dürfen über den 31. Dezember hinaus keine mehr verwendet werden. Die neuen Marken werden den Zahlstellen mit den Abrechnungsformularen für das 4. Quartal zugesandt, während die noch vorhandenen alten Marken sofort nach Jahresluß an die Geschäftsstelle in Köln zurückzusenden sind. Die Kollegen werden daher gebeten, für eine pünktliche Begleichung ihrer Verbandsbeiträge zu sorgen.

Das Ausstellen von neuen Mitgliedsbüchern an Stelle verlorener, durch Beschädigung oder durch Vollleben unbrauchbar gewordenen, wird bekanntlich nicht mehr von den Ortsverwaltungen, sondern von der Geschäftsstelle in Köln besorgt. Mitbin sind alle Mitgliedsbücher, deren Markensfelder mit Jahresluß vollgelebt sind, zu diesem Zeitpunkte einzusammeln und nach Köln zu senden. Hier werden die neuen Bücher ausgestellt und den Zahlstellen sofort zugesandt. Ortsverwaltungen, Vertrauensleute und Mitglieder mögen sich dafür Sorge tragen, daß am Jahresluß die bestehenden Mitgliedsbücher keine rückständigen Beiträge mehr aufweisen, damit die Bücher sofort eingesammelt und gemeinsam nach Köln geschickt werden können.

Ferner sind am Jahresluß alle jene Mitgliedsbücher einzusammeln und nach Köln zu senden, die an übergetretene Mitglieder von den Lokalverwaltungen früher ausgestellt worden sind. Diese Bücher werden mit dem Stempel des Zentralvorstandes versehen und wieder zurückgeschickt. Ab 1. Januar werden dann nur noch diejenigen übergetretene Mitglieder ausgestellt Mitgliedsbücher ausgestellt haben, die mit dem Stempel des Zentralvorstandes versehen sind.

Reiseunterstützung an Mitglieder anderer Verbände. In der letzten Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Reiseunterstützungsauszahlung an Mitglieder anderer Verbände ausgestellt worden sind. Diese Bücher werden mit dem Stempel des Zentralvorstandes versehen und wieder zurückgeschickt. Ab 1. Januar werden dann nur noch diejenigen übergetretene Mitglieder ausgestellt Mitgliedsbücher ausgestellt haben, die mit dem Stempel des Zentralvorstandes versehen sind.

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1910, kann auch in dieser Woche den Bestellern noch nicht überreicht werden. Die gewünschten Exemplare, waren bis jetzt noch nicht erhältlich.

Die Abrechnung vom 3. Quartal haben noch nicht eingereicht: Waldbirch, Montabaur, R. Glabbach, Freudenberg, Goslar, Steinheim, Allenstein, Argencau, Kattowitz.

Formulare ohne Abrechnungsbetrag gingen ein aus: Bielefeld, Schwege und Rassel.

Der Material- und Zeitungsverband wird von der nächsten Woche ab nach diesen Zahlstellen eingestellt.

von dem sozialdemokratischen Machtkünfel etwas verloren geht. Gar mächtig hat sich der stolze Gauleiter in der Versammlung darüber entrüstet, als er fand, daß auf dem von der Firma aufgestellten Vertrag auch unser Verband als damit kontrahiert ausdrücklich benannt wurde. Obwohl er genug zu tun gehabt hätte, sich über die von seinen Mitgliedern ihm gemachten schweren Vorwürfe zu rechtfertigen, verlegte er sich lieber darauf, über die christlichen Gewerkschaften loszuziehen und unseren Verband zu verdächtigen. Uns warf er vor, wir hätten „bei Nacht und Nebel“ uns zu der Firma geschlichen; obwohl wir erst nach vergeblichem Warten auf die Kommission des soziald. Verbandes, kurz nach der Mittagspause verhandelt. Im übrigen ist Stein der letzte der jemanden der Schleierei hechtigen kann, da ihm diese Lüge bereits zur zweiten Natur geworden ist. Fast in allen Zählstellen hatte er schon wegen seines Verhaltens bei Lohnbewegungen einen Krach zu bestehen und in Lauf ging's auch nicht besser. Die „Schneid“ und das Schimpfen gegen die Christlichen blieb diesmal wirkungslos. Nachdem sich die Gewissen ja dagegen wehrten, daß wir den Vertrag nicht mit unterzeichneten, schlossen wir selbständig einen Vertrag ab. Dabei zeigte sich wieder einmal, daß die Arbeitgeber bisweilen freier gestimmt sind und der Arbeiterbewegung mehr Verständnis entgegenbringen wie die patentierten Arbeitervertreter. Herr Döring sprach über das Verhalten des Gauleiters seine Verwunderung aus und konnte nicht recht den Zweck der Bekämpfung unserer Organisation bei solchen wirtschaftlichen Fragen verstehen. Wieder einmal ist festgestellt, wie die Uneinigkeit unter die deutsche Arbeiterbewegung trägt und die Arbeiter schädigt. In Lauf werden die Kollegen aus der Bewegung die Lehre ziehen, noch fester als bisher in ihrer Organisation zu stehen.

In Frankfurt a. Main ergaben sich bei Aufnahme der Arbeit insofern Differenzen, als sich einige Firmen weigerten, die Ausgesperrten wieder einzustellen. Eine Firma erklärte, daß sie erst in 14 Tagen wieder Leute gebrauchen könne, weil i. H. keine Arbeit vorbereitet sei. Infolgedessen ist der Bezug nach Frankfurt a. M. fernzuhalten, bis bei allen Arbeitgebern die Differenzen beigelegt sind.

Berichte aus den Zählstellen.

Dortmund. Ueber unsere letzten abgehaltene öffentliche Besprechung, in der Kollege Böhm die Hannover referierte, wird in der „Holzarbeiter-Zeitung“ Nr. 44 berichtet, daß der Referent am dortigen Holzarbeiter-Verband, speziell aber an der Zählstelle Dortmund kein gutes Haar gelassen, ja die Zählstelle Dortmund als konfrott bezeichnet habe. Dieses ist irrig. Kollege Böhm hat ja nicht in seinem Referat die Lage der deutschen Holzarbeiter und die wirtschaftliche Interessensvertretung der Holzarbeiter. Die tatsächlichen Ausprägungen paßten den anwesenden Genossen nicht in den Kram. In der sich anschließenden Diskussion meinte der Genosse Stroger, das christliche Organ „Rufe von Kampfbefehlungen gegen die Sozialdemokratie“. Die christlichen Gewerkschaften seien Zentralgewerkschaften, das sei durch die Finanzreform klar bewiesen. In Zürich habe wohl ein etwas freierhafter Geist gewohnt, aber jetzt sei die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung wieder zum Pfaffenstum bedrückt. In diesem Sinne ging es weiter. Neben den Genossen spielten sich die Hände als verlässige Maßstab an. Kollege Meier, der Berichtende unserer Zählstelle sagte aus dem Jahrbuch des D. H. S. vom Jahre 1909 der Zählstelle Dortmund nachzuweisen, daß diese Zeitung d. S., also vor der Tarifbewegung gar kein Gehalt in der Zählstelle gehabt habe, somit den Streik ohne Mittel zu führen gezwungen sei. Dabei schenkt dem Kollegen Meier ein Jutium unterlassen zu sein, indem er Solalkassenvermögen und Vermögensbestand in der Zählstelle, im Jahrbuch vermerkt hat. Dieser Jutium bezieht sich auf den Berichterstatter der „Holzarbeiter-Zeitung“ aus der Referenzen, Kollegen Böhm, der nichts mit der Sache zu tun hat, als Schwächling hingewiesen. Uns kann's nur recht sein, wenn die „Referenzen“, von denen die „Holzarbeiter-Zeitung“ spricht, auch wirklich als Kampfbefehl auf der Bank sitzen der Dortmunder Zählstelle angelegt sind. Der Grund weshalb auf einmal die „Genossen“ sich so verlegt fühlen, ist der, daß dieselben in dem Maße leben, jetzt nach Beendigung der Tarifbewegung im Ruhrrevier und nachdem die Finanzreform diesen Bezug genommen, sei die Zeit gekommen, wo die christlichen Arbeiter in hohem Schatz zu sein (sog.) Gewerkschaften laßen. Dieser hohe Schatz ist eine Schenkung geblieben. Trotz aller Bekämpfungen der christlichen Gewerkschaften und ihrer Führer, bleiben die christlichen Arbeiter diesen treu.

Dortmund. In einem langen Artikel laßen die „Hilfsblätter“ aus Bochum in der „Eiche“ auch mal etwas von sich hören und ganz glänzend für unsere Sache um den Jung Hülfer zu stehen. Die werden auf das Geschick nicht eingehen, wenn der Arbeitervertreter nicht mit einem großen Schwanz aufgewandert hätte. Wie die 11 Hülfer, von denen Döring in Bochum kaum jemand ist, etwas gemacht hat, wollen bei der letzten Tarifbewegung so machen bei den Christlichen beobachtet haben, was ihnen nicht gelungen ist. Warum sollten die „Hilfsblätter“ Hülfer nicht den

Mut, das er sagen? Jedenfalls wissen sie heute noch nicht, was sie sagen sollen. Tatsache ist eben, daß unsere Lohnbewegung torrett geführt ist und daß alle Maßnahmen unter Zustimmung der beteiligten Organisation ergriffen worden sind. Geradezu eine hohelose Freiheit ist es, wenn in dem Artikel der „Eiche“ behauptet wird, die Führer der Christlichen hätten die Kollegen zu sich in die Betriebe hineingetrieben. Tatsache ist, daß in einer gemeinsamen Streikversammlung die Wiederaufnahme der Arbeit für den folgenden Tag beschlossen worden ist, nachdem der Tarifvertrag in Essen abgeschlossen war. Ist es etwa Sitte, daß die Führer der Hülfer nach Abschluß eines Tarifvertrages, und nachdem der Tarif von den Mitgliedern anerkannt, die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen ist, ihre Mitglieder von der Aufnahme der Arbeit abhalten? Wir gratulieren zu solchen Führern! — Und im Magen wollen uns die „Hülfer“ in Bochum liegen. Auch das trifft nicht zu, wenn sie uns auch im Jahre 1905 mal einen partiellen Streik durch ihre Streikbrecher kaputt gemacht haben. Heute bringen sie das nicht mehr fertig. Wundern muß man sich aber doch über den Genegros von Artiletschreiber, der einfach die Hälfte unserer Mitglieder mit einem Federstrich wegstreicht und auch noch behauptet, es ließe uns ein Mitglied nach dem andern weg. Wir laden den Artiletschreiber der „Eiche“ freundlichst, wie wir nun einmal sind, ein, sich mal nach unserem Verbandsbüro zu bemühen und einmal unsere Mitgliederliste, unsere Neuaufnahmen und die Beitragsleistung unserer Mitglieder einzusehen. Wir können dem Artiletschreiber verraten, daß die Zählstelle Bochum des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter noch nie eine solche gute Entwicklung genommen hat, wie in den beiden letzten Quartalen. Also bitte, überzeugen Sie sich; der freundlichste Empfang wird Ihnen zugesichert! — Interessant ist aber, wie die kranken „Hülfer“ sich als Verteidiger der roten Kollegen auf einmal aufspielen, sich förmlich entrüsten, weil unser Referent in der öffentlichen Versammlung den „Genossen“ auf ihr provokatorisches Benehmen eine derbe Abfertigung zuteil werden ließ. Es hat den „neutralen“ Hülfer wohl gefallen, als ein „Genosse“ in der fraglichen Versammlung über Kreuzig und religiöse Gebrauche sprach? Wir nehmen von dieser ihrer Geistesverfassung Notiz, auch haben wir ihr „billiges Satobsflugblatt“ gesehen, aber keine hohen Unterstüzungen gefunden. Letzteres dürfte kaum bei Kindern Eindruck machen, viel weniger bei Arbeitern, welche selbständig denken können.

Sterbefasel.

Martin Schmid, Schreiner, gestorben zu Garmisch-Partenkirchen.
Rolfgang Sturm, Säger, gestorben zu Cham.
Ruhe in Frieden!

Krankengeldzuschusskasse.

Der nächstwöchentlichen Zeitungsabendung wird das neue Statut beigelegt werden.

Gewerkschaftliches.

Schönwahn! Der soziald. Zimmererverband ist unter den deutschen Gewerkschaften nicht sehr rühmlich bekannt. Mehr wie an einem Orte bewahrt man ihm das Andenken eines Streikbrüches. Juntlerischer Dünkel und persönliche Einwirkungen scheinen viel dazu beizutragen, daß das Prinzip der Solidarität von Mitgliedern des Zimmererverbandes, Mitgliedern anderer Organisationen gegenüber so wenig gewahrt wird. Mit den soziald. Maurern steht der Zimmererverband schon lange auf Kriegsfuß. Beleidigungsklagen der beiderseitigen Redaktionen werden ausgetragen, und wo die soziald. Zimmerer den soziald. Maurern einen Streik kaputt machen können, da geschieht's. In der Nr. 44 des soziald. Maurerorgans „Der Grundstein“, kann man bezgl. der letzteren Behauptung einiges nachprüfen. Sonderbar ist nun, daß dieser nämliche Zimmererverband, der soviel auf dem Reckholz hat, es bei allen Verhandlungen mit den Arbeitgebern ablehnt, die christlich organisierten Zimmerer als gleichberechtigte Kontrahenten anzuerkennen. Während die übrigen soziald. handwerklichen Verbände den Zentralverband christlicher Bauarbeiter als gleichberechtigten Faktor bei Tarifverhandlungen und -Abschlüssen zulassen, macht der Zimmererverband im „Herrendünkel“. Auch bei der kommenden großen Tarifbewegung will der Zimmererverband nach seinen bisherigen Erklärungen diesen von Größenwahn diktierten Standpunkt beibehalten. Ob ihm das gelingt? Es wird Zeit, daß einigen Elementen, die anstatt in Arbeitervertretung in Arbeitererrat machen, mal gründlich auf die Finger geklopft wird. Angesichts des großen in Aussicht stehenden Kampfes im Handwerke ist der Standpunkt des Zimmererverbandes nicht mehr und nicht weniger als ein Frevel an der Arbeiterschaft. Das sollte keinen Mitgliedern allerorts recht einbringlich zu Gemüte geführt werden.

Achtung! Zahlenschwindel. Unsere Bemerkungen über den Zahlenschwindel des H.-D. Gewerkschafts der Holzarbeiter

in Nr. 44 dieser Zeitung, haben bei der Redaktion der „Eiche“ ein hüßliches Stammeln ausgelöst. Man fühlt sich getroffen und versucht mit allerlei Redensarten sich am Kern der Sache vorbeizujudeln. Wer die H.-D. Hilfslosigkeit in ihrer ganzen Größe kennen lernen will, lese nur die Antwort der „Eiche“ in Nr. 45. Falls die „Eiche“ den redlichen Willen hat, ihr Besten mit der Mehrheit zu dienen, empfehlen wir ihr, um Notiz vollinhaltlich wiederzugeben. Kann sie sich jedoch nicht dazu aufschwingen, dann darf man wohl erwarten, daß Klipp und klar auf unsere Vorhaltungen erklärt wird und das ist der Bestand der Gewerkschaften des Gewerkschafts der Holzarbeiter H.-D. und das und das wurde aus derselben Kasse diesem und jenem Jahre an Unterstüzungen angezahlt. Geschieht das nicht, so kann wohl angenommen werden, daß man leicht zu erratende Gründe für die Gehaltung der Vermögens- und Kassenverhältnisse des Gewerkschafts hat. — Im übrigen sei der „Eiche“ gesagt, daß gefälligst mit Material über die Kassenpraktiken unseres Verbandes aufwarten kann. Ihre Retourkutsche zieht nicht. Man sie, falls sie es kann, Beweise erbringen. Nichtsnutzige Verleumdungen erklärt man als solche und läßt die Dursche die sie verbreitet haben, mit der gebührenden Verachtung laufen. Die „geistige Benommenheit“ schenken wir der „Eiche“-Redaktion.

Soziale Rundschau.

Im Ruhrrevier ist's unter den Bergleuten wieder mächtig am gären. Zahlreiche, äußerst stark besuchte Versammlungen legen Zeugnis von der Erbitterung des Bergarbeiters. Diesmal ist es der von den Bergherren geplante Zentralschwangerschaftsnachweis, der das Blut der Bergleute Wallung bringt. Nachdem die Bechen jahrelang sog. schwarze Listen über mißliebige Arbeiter ausgetauscht haben und die Methode verschiedentlich zu einer scharfen Beurteilung geführt glaubt man das Ziel in der gleichen oder einer noch besserer Weise erreichen zu können, durch einen sich über das ganze Ruhrrevier ausdehnenden Arbeitsnachweis, ohne dessen Nutzung kein Bergarbeiter eingestellt werden soll. Wird ein Plan der Bechenherren durchgeführt, so bedeutet das eine außerordentliche Verstärkung ihrer Macht. Auf Gnade und Ungnade werden dann die Bergarbeiter den Grubenbesitzern ausgeliefert. Der Maßregelung sind Lür und Lor gedünnt die Freizügigkeit wird unterbunden, das Sklaventum wird veränderter Form bei den Bergarbeitern wieder zur Einführung gebracht. Noch viel mehr müßten sich die Bergarbeiter gegen derartige Bestrebungen wehren. Doch die V wird sie schon dazu zwingen. Bereits haben sich die Vände der verschiedenen Bergarbeiterorganisationen auf Anregung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter geeinigt und sind sie mit mehreren Eingaben an die maßgebenden Instanzen herantreten. Hoffentlich nicht ohne Erfolg. Sympathie der weitesten Kreise steht auf Seiten der Bergarbeiter. Mögen letztere nur Mann für Mann aus den Vorgängen die Lehre ziehen, wie notwendig gerade für eine starke Organisation ist.

Wahlerfolge. Die christliche Arbeiterschaft hat in letzter Zeit einige nennenswerte Wahlerfolge erzielt. Sie erzielte die Wahl ihrer Kandidaten bei der Ortskrankenkassenwahl in St. Johann-Saarbrücken, sowie in Essen bei den Wahlen zur Bau-, Innungs- und Maler-Innung Krankenkasse. Alle drei Kassen waren bisher in den Händen der Sozialdemokraten.

Fachtechnischer und sozialer Fragekasten.

In diese Rubrik werden Anfragen und Antworten fachtechnischer und sozialer Art der Verbandsmitglieder aufgenommen. Von den Kollegen Auskunft der genannten Art wünscht oder die bezügliche Antworten zu geben in der Lage ist, benutze die Fragekasten.

Antwort 19: Als gute Masse für elastische Formen ist empfohlen: 20 Teile Zischleim und 2 Teile braunen Kanbuzer in so viel heißem Wasser auflösen, daß sich nach dem Ertalten eine feste Gallerte bildet.

Anmerkung der Redaktion. In der Regel werden die gestellten Fragen 8. oder 14 Tage nach Bekanntgabe beantwortet und bitten wir die fragenden wie antwortenden Kollegen, sich möglichst kurze in der Fassung zu befechtigen.

Briefkasten.

Eine Anzahl der eingelangten Zählstellenberichte mußten zurückgestellt werden.

für Schreiner.
Großes modernes Möbelwerk, 300 Stücken
1-10 für ca. 60 Zimmer, in Farbe, für nur
1/2 Markt doppelte.
Paul Riedl, Kempten
Düsselhorf, Leopoldstr. 45.
Man bestelle das
Jahrbuch für 1910
Schreiner-
Werkzeuge
Festband, kein Nachschlagen,
ausst. Schreinerwerkzeuge, sowie
alle andere Werkzeuge. Katalog gratis und franko.
H. BRUCH BÜSCH, Kempten-Verlag, Kempten
Hagen 1. W.

B. Kollner's
Fadbank für Adler u. l. gewöhn. Zeichen
zu Schmied, Gießerei, Ede Grabe-straße.
Kritik und schmerzlicher Kurse
mit Holz- und Holz-Handwerk.
In drei Klassen: Ausbildung zum Werkführer
und Vorbereitung für die Meisterprüfung.
In sechs Klassen: Ausbildung zum Zeichner
und Buchhalter.
Kursus 25 Mark pro Monat.
Kursus für Zeichnerprüfungen.
Eintritt kann jederzeit erfolgen. Nach Anschlag
nach der Direction: B. Kollner.
Kursus gratis eingeben.
Eingelegte Souveniere
für Häufige, Schulen, Gärten, l.
Wiederholer gegen 20 Pfg. in Schmied.
Jahrbuch der Holzgewerkschaften.
Eckhard, Müller, Kempten, Schmied, Kempten
Hagen 1. W.

Süddeutsche
Schreiner-Fachschule
Nürnberg.
Erstklassige Lehranstalt.
Lärchenweg 14, Nr. 6, Nürnberg.
Tischler-Fachschule
Dienstadt a. Harz
gebirgige Ausbildung als Werkmeister, Be-
trieblicher und Zeichner. Programm frei.
Direktor Reineking
Zum Selbstunterricht empfehle: Die „Stil-
künstler für Tischler“, 190 Seiten stark, gebunden
M. 5. In Begleitung von Direktor Reineking,
Dienstadt am Harz.

Tischler-Fachschule Detmold
gegründet 1893. Stadt
Schulgebäude, Meister,
Werkmeister, Zeichner,
Größe Hör- u. Zeichen-
Säle. :: Werkstätten
:: Programme frei. ::
Direktor Brecht.
Mitteldeutsche Tischler-Fachschule
Erfurt in Anhalt.
Erste höh. Lehranstalt der Branche mit Replikation
stunden (Meisterprüfung) und Selbststudien.
Programme frei durch die Direction.